

Ist die Politik wirklich machtlos?

Der Stahlkonzern Arcelor wird den Standort Cockerill-Sambre fallen lassen: Tausende Arbeitsplätze sind verloren und viele Zulieferfirmen sind betroffen, ein soziales Drama für viele Familien.

Der Chefredakteur des Grenz-Echo schreibt dazu in seinem Kommentar vom 25. Januar 2003: " Wo die Wettbewerbsstrategie und Profitgründe allein ausschlaggebend sind, kann die Politik nichts mehr ausrichten". Diese Aussage klingt schicksalhaft, sie kann aber nur bei Politikern gelten, welche die Arbeitsmarktprobleme mit überholten Rezepten, und auf der Basis nicht mehr adäquater Wirtschaftstheorien, zu lösen versuchen.

Die neoliberale Wirtschaftstheorie, nach der sich auch Politiker wie Blair, Bush, Schroeder und Verhofstadt ausrichten, will mit einer Senkung der Unternehmenssteuern und der Befreiung von sozialen Auflagen die Investitionsbereitschaft der Unternehmer stärken. Der Denkfehler dieser Theorie liegt aber darin, dass die Investitionen der Industrie schon seit langem nur noch teilweise in arbeitsplatzschaffende Kapazitätserweiterungen fließen, sondern immer mehr in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen, d.h. Automatisierung, Firmenzusammenschlüsse und Auslagerungen in Billiglohnländer. Die dadurch anhaltenden Arbeitsplatzverluste wollen die "neoliberalen" Politiker durch neugeschaffene Kapazitäten ersetzen und ringen deshalb um exponentielles Wachstum: Letzteres geschieht heute, wenn überhaupt, zunehmend auf Kosten der Natur (Klima- und Umweltschäden), der künftigen Generationen (die öffentliche Verschuldung) und der Menschen (die Konsumversklavung) . Es kommt ein weiterer Irrtum von vielen Politikern traditioneller Parteien hinzu, nämlich die Nichtbeachtung des heute mächtigsten Produktionsfaktors, des Produktionsfaktors "Energie": Während der klassische Produktionsfaktor "Menschliche Arbeit" nur noch ca. 10% an Produktionsmächtigkeit erreicht, beträgt der Anteil der Energie (über die Industrie-Roboter) heute bereits 45% an der industriellen Gesamtwertschöpfung. Bei den Produktionskosten macht demgegenüber die Arbeit mit 65% den Hauptanteil aus, während die Energie mit nur 5% in der Kostenrechnung zu Buche schlägt! (siehe hierzu Beiträge von Jürgen Grahl in www.sfv.de)

Die Lösung liegt somit klar auf der Hand und man kann sie im VIVANT-Programm nachlesen:

1. Entsteuerung der menschlichen Arbeit und Streichung der Sozialabgaben
2. Besteuerung der nuklear-fossilen Energie
3. Einführung einer flexibel einsetzbaren Verbrauchssteuer, auch im Hinblick auf eine gleiche Besteuerung der, entweder bei uns oder in Billiglohnländern produzierten, Verbrauchsgüter.

Wenn man bedenkt, dass das VIVANT-Modell für die Menschen sowohl im Niedriglohn-Sektor als auch im mittleren und gehobenen Einkommensbereich finanziell vorteilhaft ist, dann sind die Politiker also keineswegs machtlos, es würde genügen, dass sie beschließen, gemäß VIVANT überlegt und endlich tatkräftig vorzugehen!

Für VIVANT-Ostbelgien

Joseph Meyer, St.Vith